Avanti Rhein-Neckar
100 / Dezember 2022

Avanti 2

1,00 Euro (Solipreis 2 Euro)

Theoriebeilage
Permanente Inflation
von
Ernest Mandel

ISO Rhein-Neckar

KÄMPFEN

STATT KUNGELN!

INHALT

TITEL

01 INFLATION
Kämpfen statt Kungeln

EDITORIAL / INHALT / FRANKREICH

02 FRANKREICH
Anhaltende Résistance?

TEUERUNG

03 INFLATION
Kämpfen statt Kungeln

04 KUNDGEBUNGEN I
Solidarität statt Preistreiberei?

05 KUNDGEBUNGEN II
Solidarität statt Preistreiberei

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

06 TARIFRUNDE M+E
Konsequent für 8 %?

CORONA

07 PANDEMIE
Durchseuchung stoppen

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

ein sehr turbulentes Jahr geht zu Ende. Die durch das Profitsystem verursachten Krisen überlagern und verstärken sich zunehmend.

Die Bildung einer auch international wirksamen Abwehrfront wird immer dringender.

Mit der aktuellen 100. Ausgabe von *Avanti²* wollen wir erneut zu widerständigem, solidarischem Engagement und kritischem Denken ermutigen.

Die Herausgabe unserer Zeitung wäre nicht möglich ohne Eure vielfältige Unterstützung – durch Texte, Bilder, Spenden und durch ihre Weiterverbreitung. Dafür sehr herzlichen Dank!.

Auf den Seiten der Theoriebeilage veröffentlichen wir den lesenswerten Text Ernest Mandels zur Permanenten Inflation.

Wir hoffen sehr, dass die Themen dieser letzten Ausgabe des Jahres 2022 auf Euer Interesse stoßen.

Wir wünschen Euch alles erdenklich Gute zum Jahreswechsel!

Eure Redaktion

Titelbild: IGM-Kundgebung in Mannheim, 16. November 2022. Foto-helmut-roos@web.de.

INHALT

ISO / POLITISCHE BILDUNG

08 BUCHVORSTELLUNG
Einheitsfront gegen Faschismus?

09 INFOABEND
Suche nach Gegenwehr

AVANTI² EINHUNDERT

10 100 x *AVANTI²* I
Wahrnehmungen?

11 100 x *AVANTI²* II
Rätsel

RÜCKBLENDE / TERMINE

12 WALDPARK
Kahlschlag zum „Hochwasserschutz“?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 KAPITALISMUS
Permanente Inflation

Frankreich: Anhaltende Résistance

M. G.

Auch in Frankreich ist die Frage der Löhne und Sozialeinkommen brandaktuell.

Oft ist zu hören: „Uns fehlen jeden Monat mindestens eine Tankfüllung und zwei Einkaufswagen.“ Das sind 300 Euro. Es ist sehr schwierig, mit weniger als 2.000 Euro zu leben. Der Mindestlohn liegt bei 1.329 Euro netto, und viele kriegen weniger.

In Frankreich, einem der reichsten Länder der Welt, müssen 10 Millionen Menschen – fast 15 % der Bevölkerung –, unterhalb der Armutsgrenze (940 Euro pro Monat) zu leben.

Unsere Schwesterorganisation Neue Antikapitalistische Partei (NPA) fordert deshalb

- eine allgemeine Lohnerhöhung von 300 Euro netto pro Monat für alle
- ein Mindesteinkommen von 1800 Euro netto
- die automatische Anpassung der Löhne an die Preisentwicklung bei Grundnahrungsmitteln.

Aufgrund der Ausbeutung der arbeitenden Klasse und der Natur wurden riesige Milliardenvermögen in den Händen der Herrschenden angehäuft.

Der Konzern TotalEnergies ist dabei besonders „erfolgreich“: 18,8 Milliarden Euro Gewinn im ersten Halbjahr 2022, 2,62 Milliarden an Sonderdividenden in diesem Herbst und – als Sahnehäubchen – eine 52-prozentige Gehaltserhöhung für den Vorstandsvorsitzenden Pouyanné.

Angesichts der wachsenden Wut in der arbeitenden Klasse hat die Regierung eine Besteuerung von „Übergewinnen“ ins Gespräch gebracht. Damit will sie von dringend erforderlichen Lohnerhöhungen ablenken, um ihre Niedriglohnpolitik ungestört fortsetzen zu können.

Gleichzeitig will die Regierung die Leistungen für Erwerbslose weiter verschlechtern und sie zwingen, jeden Job zu jedem Lohn anzunehmen. Zudem hat sie einen neuen Angriff auf die Renten angekündigt: Erhöhung des Renteneintrittsalters auf 65 Jahre und der Zahl der erforderlichen Beitragsjahre.

Die NPA setzt sich für die Bündelung und Vernetzung der aktuellen Lohnstreiks und der Bewegungen für ein besseres Leben ein, für einen neuen Mai ´68. Sie fordert den Aufbau einer „kämpfenden Linken“ für die Überwindung des Kapitalismus durch eine solidarische und ökologische Gesellschaftsordnung. ■

Foto: Martin Noda / Hans Lucas.

Lohndemo in Paris, 10. November 2022.

Kämpfen statt Kungeln!

U. D.

Auch für den Oktober 2022 ermittelte das Statistische Bundesamt eine Inflationsrate von über 10 Prozent im Vergleich zum Vorjahresmonat. Erneut stiegen insbesondere die Preise für Energie und Nahrungsmittel. Ein Ende der Preistreiberei ist nicht in Sicht.

Bereits Ende 2021 – also vor dem Ukraine-Krieg – sind die Preise massiv gestiegen. Aber immer noch werden der russische Überfall Ende Februar 2022 und seine verheerenden Folgen als wesentlicher Grund der Teuerung genannt. Zum einen soll damit die Inflation als unvermeidlich dargestellt werden. Zum anderen soll von ihrer wirklichen Ursache, dem kapitalistischen Profitsystem, abgelenkt werden.

„Zeitenwende" im Interesse des Kapitals

Die Polit-Kaste dieses Landes verkündet unermüdlich, dass „wir" angesichts des Krieges, der Energiekrise und der Teuerung „solidarisch zusammenrücken" müssten. Dabei ist offensichtlich, wer dabei zahlen soll – vor allem die arbeitende Klasse.

Dagegen halten sich die Reichen, Superreichen und Konzerne beim „solidarischen" Zusammenrücken vornehm zurück. Stattdessen nutzen sie die aktuelle Lage und ihre Kapitalmacht rücksichtslos aus, um auf Kosten der großen Mehrheit ihre Klassen- und Profitinteressen durchzusetzen. Begründet wird dies mit „wirtschaftlichen Notwendigkeiten" sowie der „Sicherung des Standortes Deutschland" und „unseres" Wohlstandes.

Die Ampelparteien, die CDU/CSU und die faschistisch geprägte AfD unterstützen trotz aller Unterschiede, diese Politik des Kapitals. Sie schaffen beste Ausbeutungs- und Profitbedingungen mit Niedriglohnsektor, Leiharbeit und „Bürgergeld" und verkaufen dies als „sozial" und „alternativlos".

Ein Beispiel für dieses politische Verwirrspiel ist die verlogene Debatte um das „Bürgergeld". Lautstark wurde über angeblich fehlende Sanktionen, hohe Schonvermögen, geringe Abstände zu den Niedriglöhnen und arbeitsunwillige Anspruchsberechtigte „gestritten". So wurde die arbeitende Klasse in faul und fleißig gespalten und ihr Sand in die Augen gestreut. Die eigentlichen Skandale, der Niedriglohnsektor und die Erwerbslosigkeit, blieben lediglich ein Randthema.

Ohnmacht statt Gegenmacht

Die führenden Apparate der DGB-Gewerkschaften haben sich dieser Politik bislang nicht in den Weg gestellt. Sie setzen dem Klassenkampf von oben bewusst keinen Klassenkampf von unten entgegen. Im Gegenteil, mit ihrer Beteiligung an der „Konzertierten Aktion" unterstützen die Gewerkschaftsführungen letztendlich ein Bündnis mit dem Kapital.

In diese Richtung weisen auch die jüngsten Tarifabschlüsse der Industriegewerkschaft Bergbau, Chemie, Energie (IGBCE) und der IG Metall (IGM). Mit ihnen haben die jeweiligen Gewerkschaftsspitzen gewerkschaftlich gut organisierte Teile der arbeitenden Klasse bis Mitte 2024 tarifpolitisch ruhiggestellt. Sie haben damit Chancen zur solidarischen Gegenwehr gegen die Preistreiberei für ein tarifpolitisches Linsengericht verkauft.

Nicht zuletzt ließen sie eine weitere Möglichkeit ungenutzt, gewerkschaftliche Organisation und Gegenmacht zu stärken. Stattdessen wurden wesentliche Ziele der „Konzertierten Aktion" umgesetzt: Reallohnabbau, Profitsteigerung und Wahrung des „sozialen Friedens". Damit tragen die Führungen von IGBCE und IGM die Verantwortung für die weitere politische und organisatorische Schwächung vor allem der Industriegewerkschaften.

Ihre Politik steht im Widerspruch zu den objektiven Interessen der arbeitenden Klasse. Trotz „Konzertierter Aktion" wird die große Mehrheit auch weiterhin von Teuerung und sozialer Unsicherheit betroffen sein. Trotz – oder besser wegen – der „Konzertierten Aktion" werden auch in Zukunft Belegschaften, gewerkschaftlich Aktive und Betriebsräte in den Firmen der Chemie- und der Metallindustrie massiv angegriffen werden.

Solidarischer Widerstand jetzt!

Die vielleicht größte Gefahr der systemkonformen Gewerkschaftspolitik ist jedoch, dass der politisch unbewussteste Teil der arbeitenden Klasse noch empfänglicher für autoritäre und faschistische Parolen wird.

Umso wichtiger ist es jetzt, den Kopf nicht in den Sand zu stecken. Wer die kapitalorientierte „Krisenbewältigung" von SPD, Grünen, FDP, CDU/CSU und AFD ablehnt, sollte im jeweiligen Lebens-, Ausbildungs- und Arbeitsbereich aktiv werden.

Eine gute Möglichkeit dazu ist die Beteiligung an solidarischen Aktionsbündnissen gegen die Preistreiberei. Sie ist ein Beitrag zum notwendigen Aufbau einer sozialen Front gegen die Offensive des Kapitals und das Entstehen einer faschistischen Massenbewegung. ■

IGM-Warnstreik beim Benz in Mannheim, 4. November 2022.

Aktionen gegen Preistreiberei in Mannheim „Gemeinsam sind wir stärker“

O. T.

Seit mehreren Wochen organisiert das Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ in der Mannheimer Innenstadt Kundgebungen, Plakatmärsche und Flugblattverteilungen gegen die aktuellen Preissteigerungen.

Die Hauptrede bei der Aktion am 25. Oktober 2022 auf dem Mannheimer Marktplatz hielt Andreas Hauk (DGB-Jugendsekretär Nordbaden). Im Folgenden veröffentlichen wir einen redaktionell bearbeiteten Auszug aus seinem mit großem Beifall von den Anwesenden bedachten Beitrag.

Bevor ich mich in Detailfragen verliere, mich in halbgaren Analysen über die Ursachen der Krise versuche oder Forderungen aufstelle, möchte ich eigentlich lieber darstellen, was mich heute hier stehen lässt: Wut!

Wut über die Tatsache, dass während der Corona-Pandemie allein im ersten Halbjahr 2020 die Zahl der Dollar-Millionäre in Deutschland um 58.000 gestiegen ist, während dem Pflegepersonal, das sich während dieser Zeit den Buckel krumm geschuftet hat, lediglich mit einem warmen Applaus vom Balkon aus gedankt wird.

Wut darüber, dass auch während der jetzt einschlagenden Krise, die finanziell schwächer gestellten Menschen schon wieder die Krisenlasten aufgedrückt bekommen, während große Unternehmen Rekordgewinne erzielen.

Wut darauf, dass die Arbeitgeberverbände die anstehenden Tarifverhandlungen mit lächerlichen Angeboten abspeisen. Wut darüber, dass in Mannheim über 1.200 Arbeitsplätze bei EvoBus gestrichen werden sollen und sich einen Dreck um die sozialen Folgen gekümmert wird!

Wut auf die Tatsache, dass Menschen Angst davor haben, nicht über die Runden zu kommen.

Nein zu den rechten Heuchlern

Es ist jedoch nicht nur die Wut auf die zunehmende brutale Ungleichheit, die mich auf die Straße treibt. Es ist auch die Wut auf diese rechten Heuchler, die mich hier stehen lässt. Alice Weidel, Björn Höcke, Alexander Gauland und wie sie alle heißen.

Ich richte diese Worte direkt an sie: Wie könnt Ihr es wagen Euch als „Stimme der kleinen Leute“ aufzuspielen, wo Ihr nichts zu bieten habt außer Hass auf die, die Ihr als schwach betrachtet und die Ihr spaltet?

Alles was die politische Rechte als Lösung anzubieten hat, ist gelogen und zielt darauf ab, nach unten auf vermeintlich schwächere einzutreten. […]

Ich bin außerdem wütend auf die vermeintlich starken Männer Erdogan, Bolsonaro, Modi, Putin, Chamenei und wie sie alle heißen, die mit Skrupellosigkeit, Ignoranz, Gewalt und Spaltung regieren und nicht erst seit gestern ihre autoritäre Fratze offenbart haben.

Profitsystem als Hauptproblem

Nein, diese „starken Männer“ sind nicht unser Hauptproblem, aber sie sind die Zuspitzung und der Ausdruck eines gesellschaftlichen Klimas, das mir große Angst macht. Ein Klima, in dem Härte und Brutalität, Rücksichtslosigkeit als etwas Gutes und Solidarität, Zärtlichkeit, gegenseitige Hilfe als etwas Schlechtes betrachtet wird. In so einer Welt möchte ich nicht leben!

Ich bin wütend auf ein Wirtschaftssystem, dessen Logik auf grenzenlosem Wachstum basiert und nach und nach unsere Lebensgrundlage dem Profit einiger weniger opfert.

Das zeigt sich im Kleinen im Dorf Lützerath, welches mit politischer Rückendeckung der Grünen von RWE weggebaggert wird und im Großen an der uns bevorstehenden Klimakatastrophe.

Ich habe das, was uns bevorsteht nicht im Geringsten verarbeitet und bin dennoch nahezu ohnmächtig vor Wut. All das hinterlässt mich fassungslos und ich nehme es der Politik, den vermeintlich starken Männern, den rechten Heuchlern, den Konzernen, der – entschuldigt bitte die vielleicht altbacken anmutende Formulierung – herrschenden Klasse ganz persönlich übel.

Es braucht Druck und Bewegung

Apropos Streik: Ich stehe hier heute nicht nur als Andreas mit Wut im Bauch und einem Kopf voller Ideen über eine gerechte Welt, sondern auch als Gewerkschafter, und als dieser möchte ich ebenfalls sprechen.

Es ist bekannt, dass Ideen alleine, so gut sie auch sein mögen, die Welt nicht verändern werden. Es braucht einen Hebel mit dem wir arbeiten. Einen Hebel um ganz konkret das Leben vieler Menschen zu verbessern. Ich möchte von daher mit aller Dringlichkeit auf die anstehenden Tarifverhandlungen meiner Kolleginnen und Kollegen der IG Metall und von ver.di aufmerksam machen. […]

Um einen erfolgreichen Tarifabschluss sowohl bei den Unikliniken als auch in der Metall- und Elektroindustrie erreichen zu können, braucht es Druck und Bewegung. Nicht nur in den Kliniken und Betrieben, sondern auch auf den Straßen und den Plätzen, um eine Dynamik zu erzeugen, in der die Forderungen nach einer Grundlage, die zum Leben reicht, nicht wie ein Betteln daherkommt, sondern eine Selbstverständlichkeit wird.

Unsere Waffe ist die Solidarität, und es ist an der Zeit, sie einzufordern bzw. anzubieten. Wir müssen endlich aufhören, Gewerkschaften und soziale Bewegungen als etwas getrennt voneinander Existierendes zu begreifen und stattdessen aufeinander zugehen. Es geht uns schließlich um nicht mehr und nicht weniger als um eine gerechte Welt und um ein gutes Leben. Alleine sind wir stark, gemeinsam sind wir stärker! ■

„Solidarität statt Preistreiberei!“ Profitmaximierung Ursache der Teuerung

O. T.

Am 8. November 2022 fand die dritte Kundgebung des Aktionsbündnisses „Solidarität statt Preistreiberei!“ in Mannheim statt. Der Vorsitzende der Ortsgruppe Weinheim der IGBCE, Helmut Schmitt, setzte sich in seiner dort gehaltenen Rede mit den Folgen der Preistreiberei auseinander.

Die Preise für Nahrungsmittel seien um 18,7 % gestiegen. Strom sei um 21 %, leichtes Heizöl um 108,4 % und Erdgas um 95,1 % teurer geworden. Insbesondere für Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen werde es immer weniger möglich, ihre Grundbedürfnisse nach Heizung, Strom, Mobilität und gesundem Essen zu befriedigen.

Diese Entwicklung sei kein deutsches Phänomen, sondern weltweit zu beobachten. Der aktive Gewerkschafter warf in seiner Ansprache die Frage auf, wer oder was schuld an dieser Entwicklung sei.

Klima als Verlierer

Helmut Schmitt zufolge ist es nicht allein der völkerrechtswidrige Überfall Putins auf die Ukraine, sondern auch das jahrzehntelange Festhalten an den fossilen Brennstoffen und die dadurch erfolgte Abhängigkeit von den Lieferanten dieser Rohstoffe.

Der Krieg habe diese Entwicklung natürlich befördert, aber die Verantwortung des „Westens“ für die Eskalation dürfe nicht einfach ausgeblendet werden. Wegen des Krieges und wegen der verstärkten Rückgriffe auf die fossilen Energieträger sei das Klima der große Verlierer.

Aufgrund der Verknappung von Ressourcen als Folge der Sanktionspolitik würden Rohstoffpreise jetzt förmlich explodieren. Das käme nicht zuletzt dem russischen Regime zugute.

Deutsche und internationale Konzerne würden den Ukrainekrieg zum Vorwand nehmen, um sich durch Spekulation mit Energie, Energierohstoffen und Lebensmitteln auf unser aller Kosten hemmungslos zu bereichern. Hier zeige sich deutlich, dass die massiven Preissteigerungen das Ergebnis einer Profit-/Preisspirale seien.

Unsoziales „Entlastungspaket“

Mit ihrem 200 Milliarden Euro teuren „Entlastungspaket“ und der „Gas- und Strompreisbremse“ würde die Regierung die Profit-/Preisspirale nicht in Frage stellen, sondern sogar die Profite noch subventionieren.

Die bisher bekannten Entlastungsvorhaben seien sozial völlig unausgewogen. So würden die Bezieherinnen und Bezieher niedriger Einkommen mit Einmalzahlungen abgespeist, die deutlich hinter den Preis- bzw. Kostensteigerungen zurückblieben. Hingegen profitierten Reiche, Superreiche und Konzerne von den Maßnahmen in wesentlich stärkerem Umfang.

Die geplanten Entlastungsmaßnahmen würden die Einkommensverluste der großen Mehrheit nicht ausreichend ausgleichen. Rentnerinnen und Rentner, Erwerbslose, Sozialhilfeempfängerinnen sowie Studierende würden besonders benachteiligt. Deshalb bräuchten die Menschen eine automatische Anpassung ihrer Einkommen an die Preissteigerungen.

Neuorganisation der Wirtschaft

Darüber hinaus sei dringend eine demokratische Organisation der Wirtschaft erforderlich, um Bereiche wie die Energieversorgung oder den Wohnungssektor der Spekulation und der Anhäufung von noch höheren Gewinnen zu entziehen.

Auch dürfe nicht mehr länger akzeptiert werden, dass die Gewinne der Konzerne weiterhin privat blieben, während die Verluste der großen Mehrheit der Bevölkerung vergesellschaftet würden. Die Wirtschaft müsse für die Menschen und die Umwelt da sein und nicht umgekehrt.

Vor diesem Hintergrund sei auch die von der Regierung initiierte „konzertierte Aktion“ zwischen Regierung, Unternehmerverbänden und Gewerkschaften abzulehnen. Deren Ziel sei es, die Interessen der abhängig Beschäftigten den Kapitalinteressen unterzuordnen und die Gewerkschaften kampfunfähig zu machen.

Sehr deutlich zeige dies der Tarifabschluss in der chemischen Industrie, der aufgrund der nicht ausreichenden tabellenwirksamen Erhöhungen langfristigen Lohnabbau bedeute. Die reale Erhöhung der Einkommen sei nicht nur notwendig, um die Kaufkraftverluste auszugleichen. Es gehe auch um die Bekämpfung der zunehmenden Spaltung in arm und reich.

Diese werde zunehmend von rassistischen und faschistischen Kreisen ausgenutzt, um auch das Thema Teuerung in ihrem Sinne zu besetzen. Die Geschichte habe gezeigt: Das Erstarken von Rassismus und Faschismus hänge unmittelbar mit der sozialen Frage zusammen. Der Kampf gegen Rassismus und Faschismus müsse deswegen auch immer mit der Bekämpfung sozialer Missstände verbunden werden. ■

Kundgebung gegen Teuerung in Mannheim, 8. November 2022.

Tarifrunde Metall und Elektro 2022 „Händedruck statt Streik“

H. N.

So überschrieb jedenfalls sehr treffend die *FAZ* vom 19. November 2022 ihren Bericht am Tag nach dem Pilotabschluss in Baden-Württemberg.

Die IG Metall (IGM) spricht von einem „Paket aus dauerhaften Entgeltsteigerungen um insgesamt 8,5 Prozent sowie Inflationsausgleichsprämien von 3.000 Euro in zwei Stufen“. Der Erste Vorsitzende der IGM, Jörg Hofmann, redete sogar von einer „spürbare[n] Entlastung angesichts der gestiegenen Preise“.

Für Facharbeiter in der „Eckentgeltgruppe“ EG 7 gebe es über die Laufzeit von 24 Monaten rund 7.000 Euro mehr. Davon seien 4.000 Euro dauerhaft und 3.000 Euro „steuer- und abgabenfrei“.

Die erste Stufe der „Inflationsausgleichsprämie“ von 1.500 Euro netto (Auszubildende 550 Euro) soll bis Ende Februar 2023 ausgezahlt werden, die zweite in gleicher Höhe Anfang 2024.

Etliche Schwachpunkte

Der Haken bei der Sache ist, dass dieses Geld nicht zu einer tabellenwirksamen, dauerhaften Erhöhung der Entgelte führt. Zudem entpuppt sich der scheinbare kurzfristige Vorteil der Steuer- und Abgabenbefreiung als langfristiger Nachteil. Er führt nämlich zu Minderungen bei der Berechnung der Sozialleistungen für die Beschäftigten (Krankengeld, Arbeitslosengeld, Rente …). Dagegen sparen die Kapitalisten ihre entsprechenden „Arbeitgeberanteile“.

Im Juni 2023 steigen die tabellenwirksamen Tarifentgelte um 5,2 %, im Mai 2024 um weitere 3,3 %. Die Laufzeit des Tarifvertrags endet am 30. September 2024.

Nur wer genau nachrechnet und sich für die Folgen dieses Abschlusses interessiert (siehe die Beispielrechnung im Kasten), wird nicht zufrieden sein.

Die aktuellen Entgelttabellen gelten nämlich seit dem 1. April 2018 unverändert und werden erst im Juni 2023 wieder erhöht. Das heißt, es gibt dann seit 62 Monaten einen massiven Reallohnverlust, der durch die jetzige Rekordinflation noch verstärkt wird.

Lange Laufzeit

Durch die lange Laufzeit des neuen Tarifvertrags ist ein kurzfristig erforderlicher Lohnnachschlag für ein Linsengericht verkauft worden. Das ist einer der Hauptfehler des jetzigen Abschlusses.

Die IGM-Führung hat schon vor der „heißen“ Phase der Tarifrunde erklärt, dass Tarifpolitik allein nicht die Reallohnverluste durch die galoppierende Inflation ausgleichen könne. Es sei auch politisches Handeln erforderlich. Das ist nicht falsch, wurde aber letztlich als Hilfsargument für das Akzeptieren eines „gedämpften“ Reallohnverlustes missbraucht.

Zudem gibt es keine massenhafte *politische* Mobilisierung der IGM (und der anderen Gewerkschaften) auf den Straßen und in den Betrieben gegen die Ursachen der Preistreiberei. Die Kosten des aktuellen Krisenknäuels müssen endlich durch die immer größeren Vermögen der Reichen und Superreichen sowie die Rekordgewinne der Konzerne gedeckt werden. Das ist aber nur gegen die Ampel-Regierung und die geballte Macht des Kapitals zu erreichen.

Im Unterschied zu den Gewerkschaften verfolgen die Kapitalverbände sehr konsequent ihre strategischen Projekte. Neben der weiteren Flexibilisierung der Arbeitszeiten und der Entgelte ist das die weitere Schwächung der Flächentarifverträge und der verbliebenen Gegenmacht der Gewerkschaften.

Strategische Streikvermeidung

Der Klassenkampf von oben und das aggressive Vorgehen von Gesamtmetall in der Tarifrunde 2022 belegen, dass die IG Metall mit ihrer anhaltenden Strategie der Streikvermeidung sich letztendlich selbst schwächt.

Die großen Warnstreikwellen mit bundesweit über 900.000 Metallerinnen und Metallern haben erst Bewegung in die Tarifverhandlungen gebracht. Vor allem die Kernschichten der IGM in der Produktion waren zu mehr bereit.

Der „letzte Versuch für eine Verhandlungslösung“ am 17. November in Ludwigsburg war begleitet von der Ankündigung der IGM, dass im Falle des Scheiterns zu 48-Stundenstreiks und danach in mehreren Bezirken zur Urabstimmung und unbefristetem Streik aufgerufen werde.

Das brachte zwar in letzter Minute ein (schwaches) Verhandlungsergebnis, vor allem aber blieb erneut eine große Chance ungenutzt. Ein Erzwingungsstreik hätte das Kräfteverhältnis zugunsten der Gewerkschaft geändert. Er hätte endlich wieder dringend notwendige Kampferfahrungen ermöglicht und dadurch das Selbstbewusstsein von zehntausenden Metallerinnen und Metallern gestärkt.

Wie heißt es doch: Nur wer konsequent kämpft, kann gewinnen. Wer nicht oder nur halbherzig kämpft, hat schon verloren. ■

ERA 7 Baden -Würtemberg — letzte Tabellenerhöhung am 01.04.2018

Art der Sonderzahlung	Datum	ERA + 15%	Sonderzahlung	Summe				
	01.11.2021	3.726,58 €		3.726,58 €				
Weihnachtsgeld	01.12.2021	3.726,58 €	2.655,72 €	6.382,30 €				
	01.01.2022	3.726,58 €		3.726,58 €				
T-ZUG	01.02.2022	3.726,58 €	685,59 €	4.412,17 €				
	01.03.2022	3.726,58 €		3.726,58 €				
	01.04.2022	3.726,58 €		3.726,58 €				
ZUB	01.05.2022	3.726,58 €	398,52 €	4.125,10 €				
Urlaubsgeld	01.06.2022	3.726,58 €	2.655,72 €	6.382,30 €				
Trafo	01.07.2022	3.726,58 €	1.024,81 €	4.751,38 €				
	01.08.2022	3.726,58 €		3.726,58 €	Fix seit 01.04.2018			
	01.09.2022	3.726,58 €		3.726,58 €	Jahr	MW/Monat	zu Vorjahr [€]	zu Vorjahr [%]
Neuer Tarifvertrag	01.10.2022	3.726,58 €		3.726,58 €	52.139,26 €	4.344,94 €	Nix	Nix
	01.11.2022	3.726,58 €		3.726,58 €				
Weihnachtsgeld	01.12.2022	3.726,58 €	2.655,72 €	5.776,25 €				
	01.01.2023	3.726,58 €		3.726,58 €				
T-ZUG	01.02.2023	3.726,58 €	685,59 €	4.412,17 €				
Inflationsprämie	01.03.2023	3.726,58 €	1.500,00 €	5.226,58 €				
	01.04.2023	3.726,58 €		3.726,58 €				
ZUB	01.05.2023	3.726,58 €	398,52 €	4.125,10 €				
Urlaubsgeld und 5,2%	01.06.2023	3.920,36 €	2.655,72 €	6.576,08 €				
Trafo	01.07.2023	3.920,36 €	1.078,13 €	4.998,49 €				
	01.08.2023	3.920,36 €		3.920,36 €				
	01.09.2023	3.920,36 €		3.920,36 €	Jahr	MW/Monat	zu Vorjahr [€]	zu Vorjahr [%]
	01.10.2023	3.920,36 €		3.920,36 €	54.055,45 €	4.504,62 €	159,68 €	3,68
	01.11.2023	3.920,36 €	2.156,26 €	6.076,62 €	inkl. Inflationsprämie			
	01.12.2023	3.920,36 €		3.920,36 €	52.555,45 €	4.379,62 €	34,68 €	0,80
	01.01.2024	3.920,36 €		3.920,36 €	ohne Inflationsprämie die ja nicht Tabellenwirksam ist			
T-ZUG	01.02.2024	3.920,36 €	721,24 €	4.641,60 €				
Inflationsprämie	01.03.2024	3.920,36 €	1.500,00 €	5.420,36 €				
	01.04.2024	3.920,36 €		3.920,36 €				
ZUB und 3,3%	01.05.2024	4.053,65 €	433,50 €	4.487,15 €				
Urlaubsgeld	01.06.2024	4.053,65 €	2.888,81 €	6.942,46 €				
Trafo	01.07.2024	4.053,65 €	1.114,79 €	5.168,44 €				
	01.08.2024	4.053,65 €		4.053,65 €				
	01.09.2024	4.053,65 €		4.053,65 €	Jahr	MW/Monat	zu Vorjahr [€]	zu Vorjahr [%]
Ende Tarifvertrag	01.10.2024	4.053,65 €		4.053,65 €	56.658,63 €	4.721,55 €	216,93 €	4,82
					inkl. Inflationsprämie			
					55.158,63 €	4.596,55 €	216,93 €	4,95
					ohne Inflationsprämie die ja nicht Tabellenwirksam ist			

Berechnet wurde mit ERA 7 weil diese die 100% Basis des Tarfivertags ist.

Durch die Inflationsprämie ist der Anstieg in ERA <7 etwas höher, in ERA >7 geringer

Corona: War da was? Der vertuschte Skandal des Killer-Kapitalismus

M. G.

Rund 6,3 Millionen Corona-Tote weltweit gibt das Johns Hopkins Corona Virus Resource Center für Ende November 2022 an, davon etwa 158.000 allein in Deutschland.

Aber diese Zahlen dürften stark untertreiben. Aufzeichnungen der Übersterblichkeit – also des Vergleichs aller erfassten mit den erwarteten Todesfällen – zeigen, dass viel mehr Menschen aufgrund von COVID-19 gestorben sind.

Wie viele Todesopfer es genau sind, ist schwer zu klären. Die Übersterblichkeit wird oft nicht korrekt oder gar nicht erhoben. In mehr als 100 Staaten gibt es keine zuverlässigen veröffentlichten Statistiken.

Den Schätzungen der englischen Zeitschrift *The Economist* zufolge sind durch COVID-19 bisher zwischen 12 und 22 Millionen weitere Menschen gestorben. Das wäre das Zwei- bis Vierfache der offiziellen Angaben.

Long COVID

Weltweit sollen allein in den ersten beiden Jahren der Pandemie fast 145 Millionen Menschen unter den Folgen ihrer Corona-Infektion gelitten haben. Das heißt sie waren – oder sind auch heute noch – durch die drei Hauptfolgen von COVID-19 beeinträchtigt: Müdigkeit mit körperlichen Schmerzen und Stimmungsschwankungen, reduzierte geistige Leistungsfähigkeit und Kurzatmigkeit. In Deutschland gibt es derzeit wahrscheinlich 500.000 bis eine Million Fälle von Long COVID.

In krassem Gegensatz zu diesen erschreckenden Zahlen steht das Agieren der prokapitalistischen Politik und ihrer medialen Lautsprecher. Hier ist vor allem vom angeblichen Übergang der Pandemie zu einer Endemie die Rede. Dementsprechend soll der verbliebene Flickenteppich an Corona-Schutzmaßnahmen schnellstmöglich noch weiter durchlöchert werden.

Der Hintergrund ist simpel. Durch Corona-Infektionen fehlen immer wieder sehr viele Menschen in ihren meist aus Profitgier sowie schon personell dezimierten Tätigkeitsbereichen. Um das Funktionieren dieser Arbeitsfelder nicht noch mehr zu gefährden, sollen deshalb alle Hindernisse für eine Arbeitsaufnahme der Infizierten fallen.

Ein Schelm, wer da an das Geschwätz vom „Grippchen" denkt oder eine neue Querfront von Coronaleugnern und Verharmlosern der Pandemie erkennt.

Leben statt Profite

Gegen dieses verantwortungslose Treiben schlagen wir einen gesellschaftlichen Plan zur aktuellen und zukünftigen Pandemiebekämpfung vor:

1. Müssen alle Menschen einen wirksamen Infektionsschutz erhalten. Das erfordert unter anderem eine ständige, für alle leicht verständliche Aufklärung über die Gefahren der Pandemie. Die Notwendigkeit der flächendeckenden Umsetzung der AHA-L-Regeln sind allen zu vermitteln.

2. Es muss nicht nur kostenlose FFP2-Masken für alle geben, sondern auch weiterhin flächendeckende, einfach zugängliche, kostenlose und zuverlässige Testmöglichkeiten. Impfen ist eine zentrale Einzelmaßnahme zur Eindämmung der Pandemie und schwerer Erkrankungen. Hilfreich sind niedrigschwellige, flächendeckenden Impfangebote.

3. In allen Bereichen – insbesondere in den Brennpunkten der Pandemie – sind verbindliche und einfach zu konkretisierende Infektionsschutz-Maßnahmen zu entwickeln und umzusetzen.

4. Am Arbeits- und Ausbildungsplatz müssen Belegschaften und ihre Interessenvertretungen mit aktiver gewerkschaftlicher Unterstützung in die Lage versetzt werden, die Einhaltung der Arbeitsschutzregeln aktiv einzufordern und zu kontrollieren. Insbesondere geht es hierbei um die Überprüfung der erforderlichen Gefährdungsbeurteilungen und der Einhaltung des TOP-Prinzips.

5. Wo es keine formale Interessenvertretung gibt, müssen Beschäftigte das Recht erhalten, von ihnen bestimmte Gesundheitsschutz-Kommissionen einzurichten und darin tätig zu werden. Die Gewerkschaften müssen dies unterstützen.

6. Verstöße gegen den Infektionsschutz müssen von den zuständigen Stellen kontrolliert und sanktioniert werden können. Die Handlungsfähigkeit von Berufsgenossenschaften, Gesundheitsämtern und Gewerbeaufsichtsämtern ist deshalb zu stärken bzw. wiederherzustellen.

7. Erkrankungen an COVID-19 und häusliche Quarantäne dürfen nicht zu Arbeitsplatz- oder Einkommensverlust führen.

8. Die trotz Pandemie weiter vorangetriebene Privatisierung aller Bereiche des Gesundheitswesens muss gestoppt werden. Stattdessen ist ein vorbeugendes und öffentliches Gesundheitssystem als Teil der gesellschaftlichen Daseinsvorsorge auf- und auszubauen.

9. Klinikschließungen sind zu verbieten. Das System der Fallpauschalen und der profitorientierten Ausrichtung auch öffentlicher Krankenhäuser muss beendet werden. Mehr und besser bezahltes und qualifiziertes Personal, gesundheitsschützende Arbeitsbedingungen sowohl in der Kranken- als auch in der Altenpflege sind dringend geboten.

10. Internationale Solidarität ist gerade bei der Bekämpfung von Pandemien zwingend erforderlich. Deshalb ist die weltweite Zusammenarbeit bei der Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen und Medikamenten vorrangig gegenüber dem Schutz von Patenten und Profiten. Gemäß Artikel 14 GG (Durchsetzung der Sozialbindung des Eigentums) und 15 GG (Möglichkeit der Enteignung) sind Pharmakonzerne in Gemeineigentum zu überführen.

Ein derartiger Plan kann nur durch massenhaften Druck von unten durchgesetzt werden. Dazu bedarf es des Aufbaus einer sozialen und ökologischen Front gegen die Profiteure und Verteidiger des Killerkapitalismus. ■

Buchvorstellung
Für Einheitsfront gegen Faschismus

H. S.

Am 11. November 2022 fand im Bürgerhaus Neckarstadt-West die Vorstellung des vor kurzem erschienenen Bands *Für Einheitsfront gegen Faschismus* statt.

Der persönlich anwesende Autor Wolfgang Alles befasst sich in der aktualisierten Neuauflage des Buchs nicht nur mit der „Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930“, sondern insbesondere mit deren Analyse des katastrophalen Versagens der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften angesichts der tödlichen faschistischen Gefahr.

In seinem Referat ging der Verfasser zunächst auf die Vorgeschichte und die Rahmenbedingungen der historischen Niederlage der deutschen Arbeiterbewegung am Ende der Weimarer Republik ein.

Konterrevolution 1918/19

Das Drama der organisatorisch stärksten und am besten bewaffneten Arbeiterklasse der damaligen kapitalistischen Welt sei von zwei Eckdaten bestimmt worden – der brutalen Niederschlagung der Novemberrevolution 1918/19 und der praktisch kampflosen Kapitulation vor dem Faschismus Ende Januar 1933.

Die rohe Unterdrückung des politischen und sozialen Aufstands der radikalen Teile der arbeitenden Klasse 1918/19 sei das gemeinsame Werk von Mehrheits-SPD um Ebert-Noske, Kapitalverbänden, Reichswehr und Freikorps gewesen. Dieses konterrevolutionäre Bündnis habe, wie Sebastian Haffner in seinem auch heute noch sehr lesenswerten Buch *Der Verrat* zu Recht ausführe, der faschistischen Diktatur in Deutschland den Weg geebnet.

Wolfgang Alles schilderte anhand von weiteren wichtigen Wendepunkten, wie sich die Klassenkämpfe sowohl auf die Entwicklung in Deutschland als auch in Sowjetrußland ausgewirkt hatten. Der verpasste deutsche „Oktoberaufstand“ von 1923 habe nicht nur das Ende der 1917 in Europa begonnenen Phase antikapitalistischer Erhebungen eingeleitet, sondern gleichzeitig auch der reaktionären Bürokratisierung (der Stalinisierung) der Sowjetunion endgültig die Tür geöffnet.

Spaltung und Lähmung

Nach der Weltwirtschaftskrise von 1929 verstärkten die Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften unserem Referenten zufolge die politische Spaltung und Lähmung der deutschen Arbeiterbewegung. Die bedeutendste sozialdemokratische und die größte westliche kommunistische Partei wollten keine Einheitsfront gegen den Faschismus bilden.

Die deutschen Gewerkschaftsspitzen hätten nicht nur kampflos kapituliert, sondern sogar noch am 1. Mai 1933 die Kooperation mit der braunen Diktatur gesucht.

Welche negative Rolle der Antikommunismus der SPD und die Sozialfaschismuspolitik der KPD bei der Machtübergabe an Hitler gespielt haben, wurde vom Buchautor sehr anschaulich dargestellt.

Aufgrund dieser katastrophalen Politik sei die verheerende, bis heute nachwirkende Niederlage von 1933 möglich geworden. Sie hätte nicht nur die brutale Vernichtung aller Arbeiterorganisationen durch die blutige faschistische Diktatur in Deutschland ermöglicht, sondern auch den Holocaust, den Zweiten Weltkrieg und den Triumph des stalinistischen Terrorregimes in der UdSSR.

Einheitsfront als realistische Alternative

Wolfgang Alles betonte, dass die Linke Opposition alleine diese Entwicklung natürlich nicht hätte verhindern können. Aber sie habe durch ihr in Wort und Tat unermüdliches Eintreten für die Einheitsfront gegen den Faschismus eine realistische Alternative zu dem Versagen der Führungen von SPD, KPD und Gewerkschaften aufzeigen können.

In diesem Zusammenhang empfahl er die Auseinandersetzung mit der Faschismustheorie Leo Trotzkis, die aufgrund ihrer analytischen Stärke und ihrer wichtigen Handlungsempfehlungen auch heute noch von Bedeutung sei.

Zweifelsohne gebe es Unterschiede zu 1933. Die ökonomische, politische und mediale Macht der Konzerne habe im Spätkapitalismus eine bisher nicht bekannte Dimension erreicht. Das früher existierende politische Klassenbewusstsein der Arbeiterinnen und Arbeiter sei durch den Neoliberalismus weitgehend ausgelöscht worden. Zudem gebe es unmittelbare Bedrohungen für unser Überleben durch das riesige Arsenal an Massenvernichtungswaffen und die Umwelt- und Klimazerstörung.

Aber dennoch – oder gerade deswegen – sind für Wolfgang Alles die Grundgedanken der von der LO weiter entwickelten Taktik der Einheitsfront sehr aktuell. Nicht nur für den heutigen Kampf gegen das Entstehen einer neuerlichen faschistischen Massenbewegung, sondern auch gegen dessen nach wie vor fruchtbaren kapitalistischen Nährboden.

In der sich an das Referat anschließenden spannenden Diskussion stellte sich der Autor den vielfältigen Fragen und Debattenbeiträgen der Anwesenden. Unter dem Strich bleibt als Fazit: Das war ein sehr gelungener Abend, der hoffentlich Lust auf die Lektüre des vorgestellten Buchs gemacht hat. ■

Wolfgang Alles
Für Einheitsfront gegen Faschismus
Zur Politik und Geschichte der Linken Opposition ab 1930
Wissenschaft & Forschung 1
Aktualisierte Neuausgabe
Mit einem Vorwort von Prof. Dr. Hermann Weber und einem aktuellen Nachwort des Autors
305 Seiten, 29,80 €
ISBN 978-3-89 900-001-6

Konzertierte Aktion gegen Preistreiberei? ISO-Infoabend am 25. November 2022

R. G.

Der Infoabend der ISO Rhein-Neckar am 25. November 2022 setzte sich erneut mit der Teuerung auseinander. Schließlich lag die Inflationsrate im Oktober erneut über 10 Prozent. Eine Besserung ist nicht in Sicht, und immer mehr Menschen geraten in Not.

Unserem Referenten gelang es, zum Thema konzertierte Aktion einen aktuellen und zugleich geschichtlichen Bogen zu spannen. Zu Beginn ging er kurz auf die offizielle Inflationsberechnung ein. Danach blickte er zurück auf die erste konzertierte Aktion der 1960er Jahre, um schließlich die aktuelle Gewerkschaftspolitik zu beleuchten.

Inflationsrate und reale Teuerung

Zuerst stellte er die vom Statistischen Bundesamt ermittelte Inflationsrate und deren Unzulänglichkeiten dar. So täusche der sogenannte Warenkorb vor, dass alle Menschen gleich betroffen seien. Dabei wären ärmere Menschen durch die Teuerung von Lebensmitteln und Energie viel stärker belastet als Reiche.

Eine weitere wichtige Zahl sei der sogenannte Verbraucherpreisindex. Dieser vergleiche den Anstieg der Preise seit dem Jahr 2015. Aktuell betrage er mehr als 20 Prozent. Die reale Kaufkraft der allermeisten Menschen sei aber in diesem Zeitraum nicht entsprechend gestiegen.

Widersprüchliche Gewerkschaften

Die erste konzertierte Aktion von 1967 sollte die damalige Wirtschaftskrise „gemeinschaftlich“ durch Regierung, Kapital und Gewerkschaften überwinden. Ab den 1990er Jahren habe es mehrere Versuche gegeben, „Bündnisse für Arbeit“ zu bilden, zuletzt 2014 das „Bündnis Zukunft der Industrie“.

Mit der aktuellen konzertierten Aktion wollten die Herrschenden angesichts der Inflation erneut eine „gemeinschaftliche“ Krisenbewältigung. Die Gewerkschaftsführungen hätten sich darauf „sozialpartnerschaftlich“ und bereitwillig eingelassen.

Am deutlichsten werde dies bei der IGBCE. Sie trete für gute Rahmenbedingungen für die chemische Industrie ein, weil sie glaube, nur so Arbeitsplätze erhalten zu können. Deswegen fordere die IGBCE-Spitze bezahlbare Energie und staatliche Hilfe für Unternehmen. Darum sei sie auch zu niedrigen Lohnabschlüssen bereit.

Auf der anderen Seite müsse sie aber auch die Interessen ihrer Mitglieder vertreten. Mit der Nutzung der steuerfreien Einmalzahlungen sei ihr das tarifpolitisch gelungen. Die meisten Beschäftigten würden mit dem Tarifabschluss kurzfristig ihre Kaufkraft ansatzweise gesichert sehen. Sie seien angesichts von Krieg und Krise sowie ihrer fehlender Kampferfahrung damit zufrieden.

Kritische Diskussion

In der anschließenden Diskussion wurden einzelne Themen vertieft. Ein Beitrag erläuterte, warum das Wort Inflation durch Preistreiberei ersetzt werden müsste. Schließlich seien Preiserhöhungen kein Naturgesetz, sondern eine bewusste Entscheidung der Unternehmen, um ihre Profite zu sichern.

Im weiteren Verlauf ging es auch um die aktuelle Tarifpolitik der Gewerkschaften. Die jüngsten Tarifabschlüsse in der Chemie- und der Metallindustrie seien nahezu identisch und würden vor allem den Unternehmen nutzen. Beide hätte eine lange Laufzeit, würden Reallohnverlust akzeptieren und seien durch die steuerfreien Einmalzahlungen geschönt worden.

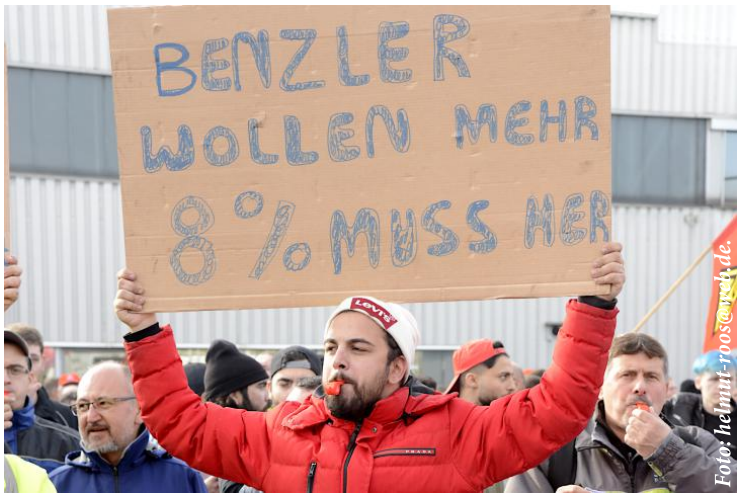
Ein weiterer wichtiger Punkt der Diskussion war, dass man die Teuerung nicht isoliert sehen dürfe. Sie stehe im Zusammenhang mit der Krise des kapitalistischen Systems und mit den Versuchen, das politische Rad zum Beispiel bei Rüstung und Atomkraft zurückzudrehen.

Aktiv gegen Kapital und Faschisten

Zum Schluss ging es um die Frage, wie aktuell Gegenwehr entwickelt werden könne. Ein Hemmnis sei sicherlich die wirtschaftsorientierte Burgfriedens- und Verzichtspolitik der Gewerkschaftsspitzen. Genauso schwer wiege die weitgehende Lähmung der arbeitenden Klasse. Hinzu komme noch die fehlende Anziehungskraft der politischen Linken. Dieser gelänge es zudem nicht, ihre Zersplitterung zu überwinden und gemeinsam eine solidarische Bewegung gegen Preistreiberei aufzubauen.

Diese Gemengelage schaffe den Freiraum für das Entstehen einer faschistischen Massenbewegung. Umso wichtiger sei es darum, sich an Bündnissen und Aktionen der solidarischen Gegenwehr gegen Preistreiberei zu beteiligen. In Mannheim könne man dies im Aktionsbündnis „Solidarität statt Preistreiberei!“ und bei den anstehenden Aktionen am 6. Dezember tun.

Auch dieser ISO-Infoabend konnte wieder sehr gut Information, Diskussion und Praxis miteinander verbinden. Gerade deswegen sind diese Abende lohnend und nützlich für das politische Engagement. ■



IGM-Warnstreik beim Benz in Mannheim, 4. November 2022.

Avanti²
Zur 100. Ausgabe

Wir haben Leserinnen und Leser von *Avanti²* um ihre Meinung zu unserer Zeitung gebeten. Wir freuen uns, im Folgenden einige Antworten veröffentlichen zu können.

Avanti Rhein-Neckar
66/Februar 2020
1 Euro (Solipreis 2 Euro)
Avanti²
Theoriebeilage
Faschismus: Massenpsychologie als Erklärung?
ISO Rhein-Neckar

Aktionstag bei Alstom Mannheim, 29. April 2014. *Foto: helmut-roos@web.de*

Atomkraft, „Digitalisierung", E-Autos
Vorwärts in eine strahlende Zukunft?

H. N.

Zum Erstaunen vieler warnten die Alstom-KollegInnen vor 15 Jahren vor einer Wiederbelebung der Atomenergie. Sie hatten im Kampf für ihre Arbeit den Zusammenhang zwischen sozialen und ökologischen Themen sehr wohl verstanden.

Ihre Kassandrarufe schienen jedoch umso unglaubwürdiger, als die Bundesregierung 2011 nach dem GAU von Fukushima den „Ausstieg aus der Atomenergie" verkündete.

Die weitgehend aus Steuermitteln bezahlte Stilllegung aller AKW in Deutschland bis 2022 betrifft aber allein die Atomkraftwerke der 1. und 2. Generation. Zudem ist die „Endlagerung" des Atommülls ein ungelöstes und verdrängtes Megaproblem.

In Europa wird dem zum Trotz munter an der Errichtung von AKW des Typs EPR (Europäischer Druckwasserreaktor – 3. Generation) gearbeitet. Unter anderem in Finnland – dort mit Billigung der finnischen Grünen.

Mit milliardenschwerer Unterstützung aus dem Bundeshaushalt findet in Frankreich seit 2009 der Bau des Prototyps einer „noch sicheren" 4. Generation von Atomreaktoren auf Basis der Kernfusion (ITER) statt.

Das Scheitern der „Energiewende" in Deutschland ist offensichtlich. Die durch „Digitalisierung" und E-Autos massiv beschleunigte Energievergeudung ebenso. Das Fehlen einer gesellschaftlichen, an Mensch und Natur orientierten Planung erlaubt nur Stückwerk – und die Durchsetzung der Profitinteressen von Konzernen.

Diese systembedingte Sackgasse nutzt die Atomlobby zu ersten Übungen für das Propagieren neuer „Sachzwänge". Laut Medienberichten hält etwa Sachsens Ministerpräsident Kretschmer (CDU) „einen Wiedereinstieg Deutschlands in die Atomkraft für denkbar". Das sei eine „in zehn oder 15 Jahren" anstehende Frage, zumal „man mit Atomenergie weniger CO_2-Emissionen" hätte.

Die Klimabewegung ist gut beraten, ihren Blick in Richtung Atomkraft zu schärfen. ■

Beilage zu Avanti Nr. 225
1/September 2014
Avanti²
RSB Rhein-Neckar

1914-1939-2014 – Kapitalismus, Krise(n) und Krieg(e)
Der Hauptfeind steht im eigenen Land!

Sollten wir überrascht sein von dem anschwellenden Kriegsgeschrei? Wer lesen konnte und wollte, wusste seit einiger Zeit, was auf uns zukommt.

Nach der Niederlage der faschistischen Diktatur hat sich das deutsche Kapital zunächst eine wirtschaftliche und schließlich auch eine politische Führungsrolle auf internationaler Ebene zurückerobert. Mit der mittlerweile errungenen Dominanz der BRD in der Europäischen Union (EU) ist der alte Traum von der deutschen Vorherrschaft in Europa, der 1918 und 1945 blutig gescheitert war, im dritten Anlauf wahr geworden. Jetzt geht es den Herrschenden zunehmend um die internationale militärische Absicherung dieser Machtansprüche.

Der globale Kapitalismus und somit auch das Projekt der EU sind seit der „Finanzkrise" 2007 selbst in eine existenzielle Krise geraten. Ihr Ausgang ist offen. Die Bundesrepublik konnte sich zwar bisher als scheinbarer Hort der wirtschaftlichen, sozialen und politischen Stabilität inszenieren, aber das kann sich schnell ändern.

Die strategische Offensive des neoliberalen Kapitalismus seit den 1970er Jahren lässt sich mit wenigen Stichworten skizzieren: „Globalisierung" und Washington-Konsens, Lissabon-Prozess und Agenda 2020 (2030), Freihandelsabkommen und Medienkonzentration, Totalüberwachung und Prekarisierung, Fiskalpakt und „Bankenschutzschirme". Ziel all dessen ist das Zurückdrängen und Zerstören sozialer, ökologischer und demokratischer Rechte sowie die historische Schwächung der arbeitenden Klasse und ihrer Gewerkschaften.

Der globale Wirtschaftskrieg der herrschenden 0,1 Prozent wird zunehmend mehr mit der militärischen Kriegsführung verbunden. Wir erleben derzeit erneut eine Bestätigung des alten Satzes „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln" (Carl von Clausewitz).

Die zunehmende militärische „Sicherung" deutscher Einflusssphären ist deshalb auch Bestandteil des Koalitionsvertrages.

Die GroKo hat sich – wenn auch verklausuliert – dieser Art von Politik verschrieben.

Als „verlässlicher Partner in der Welt" wird Deutschland in der politischen Lyrik des Koalitionsvertrages benannt. Deutschland stellt „sich seiner internationalen Verantwortung" und will „die globale Ordnung aktiv mitgestalten". Deshalb steht die GroKo auch „bereit, wenn von unserem Land Beiträge zur Lösung von Krisen und Konflikten erwartet werden".

Was das heißt, sehen wir derzeit an den aktuellen Beispielen Ukraine und Irak / Syrien sehr gut. Zuerst finanzielle und logistische militärische Unterstützung, dann Waffenlieferungen und schließlich Kriegseinsätze – pardon: „friedenserhaltende Missionen" – der Bundeswehr. Das ist die „alternativlose" Logik, die uns eine koordinierte Medienkampagne einhämmert. Seit der Münchener Sicherheitskonferenz im Frühjahr haben sich Feldprediger Gauck, Drohnen-Uschi, Agenda 2010-Steinmeier und andere Politsterne immer deutlicher in diesem Sinne geäußert.

Im Koalitionsvertrag heißt es übrigens auch: „Dabei [bei der Krisen- und Konfliktlösung, die Red.] stehen für uns die Mittel der Diplomatie, der friedlichen Konfliktregulierung und der Entwicklungszusammenarbeit im Vordergrund."

Wie gesagt: „Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln". Es ist an der Zeit, durch eine außerparlamentarische Massenbewegung den Kriegstreibern Einhalt zu gebieten. Nicht nur in Deutschland, sondern international. ■

Liebe Leserinnen und Leser,

mit dieser ersten Ausgabe einer örtlichen Beilage zur *Avanti* versuchen wir im Rahmen unserer Möglichkeiten, einen konkreten Beitrag zur Unterstützung von Protest und Widerstand gegen die HERRschenden Verhältnisse zu leisten.

Wir berichten deshalb über betriebliche und gewerkschaftliche Aktivitäten gegen Arbeitsplatzabbau, Tarifflucht, „Tarifeinheit" und BR-Mobbing. Unsere Informationen stammen von direkt an diesen Aktionen Beteiligten.

Angesichts des zunehmenden Kriegsgeschreis befassen wir uns zudem mit der „Friedenspolitik" der GroKo und dem „Kalifat des Terrors". Wir erinnern in diesem Zusammenhang an Karl Liebknechts alten und doch hochmodernen Satz: „Der Hauptfeind steht im eigenen Land".

Das uns sehr wichtige Thema Frauenbefreiung werden wir urlaubsbedingt leider erst in der nächsten Beilage wieder aufgreifen können.

Mehr denn je sind wir auf Deine / Eure Unterstützung angewiesen. Denn nur wer sich wehrt, lebt nicht verkehrt!

Wir wünschen Euch eine interessante Lektüre und uns allen eine rege Beteiligung an den aktuellen und den kommenden Kämpfen in diesem Herbst!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL
01 Krieg: Der Hauptfeind steht im eigenen Land!
INLAND
02 Werne: Solebad mit „Tarifflucht"?
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
03 BR-Mobbing: Der Fall Volksbank Kraichgau
04 ALSTOM / GE: Ruhe vor dem Sturm?
05 ICL: Proteste im Südwesten
06 Nora: Wann tritt dieser BR zurück?
07 Konferenz: Betriebsräte im Visier
08 Tarifeinheit: Befriedung aktiver Gewerkschaften?
INTERNATIONAL
10 Irak / Syrien: Das Kalifat des Terrors
AUS DEM RSB
11 Sommerschule 2014: Lebt die Vierte noch?

„Beilage als Zuckerl"

„Niemand kommt da dümmer raus, als er rein ging!" (Nach Karl Valentin.) Das passt auch zu der *Avanti²*. Und als Zuckerl gibts dazu noch die Beilage mit meist vergessenen, nie vordem gelesenen oder unbekannten, neuen Texten. Wunderbarerweise passend zu heute und erhellend in dieser geistfernen Zeit. U. F.

„Aufklärung über politische Macht"

Für mich persönlich ist die *Avanti²* ein Beispiel für Kommunikation, Information, Wissensvermittlung. Vor allen Dingen klärt sie über politische Macht auf. Zum einen über das, was passieren kann, wenn keine Gegenwehr stattfindet. Zum anderen, was geschehen kann, wenn man sich organisiert gegen den Kapitalismus und die Rechten! A. H.

„Sehr wichtiges Hintergrundwissen"

Durch *Avanti²* erfahre ich sehr wichtiges Hintergrundwissen. Solche Inhalte werden in den herkömmlichen Zeitungen meistens nicht erwähnt. Die vielseitigen Themen sind alle sehr interessant, ob es sich um soziale Fragen in Deutschland (Inflation), internationale Berichte (Frankreich, Iran …), betriebliche und gewerkschaftliche Informationen (Bewertung von Tarifabschlüssen ohne Schöngerede) oder BR-Mobbing wie bei der Dulger-Firma ProMinent handelt. Außerdem finde ich die Terminspalte super. H. K.

„Kurz und gut"

Mir gefällt an der *Avanti²* die Zusammenstellung und Art der Artikel.

Hier finde ich sowohl Berichte aus verschiedenen Bewegungen als auch Hintergrundinformationen und Theorie-Beiträge, sowohl Lokales als auch Internationales.

Die Artikel sind kurz und gut verständlich. Sie kommen nicht aus einer Sicht „von außen", sondern aus der politischen und gewerkschaftlichen Praxis der Verfasser:innen. P. S.

„Lesen lohnt sich immer"

Auf das Erscheinen einer neuen *Avanti²* freue ich mich jedes Mal. Am meisten freue ich mich aber immer auf die jeweilige „Beilage". Ob Hintergründe von Helmut Dahmer oder Ernest Mandel, ein Artikel über das Übergangsprogramm oder über Rosa Luxemburg, das Lesen lohnt sich immer. Ich speichere sie jeweils ab, viele habe ich mir auch ausgedruckt. So kann ich sie besser lesen und habe sie immer bei der Hand. K. W. ■

Rhein-Neckar Beilage zur *Avanti*
40/Dezember 2017
Avanti²
ISO Rhein-Neckar

Protestaktion von GE-KollegInnen in Mannheim, 28. November 2016. *Foto: Avanti².*

GE, Siemens & Co.
„Diktatur der Zahlen"

H. N.

Zum Jahresende schließt General Electric die traditionsreiche Turbinen-Fabrik in Käfertal. Obwohl es Kaufinteressenten gab, und obwohl es zahlreiche, gut begründete Alternativvorschläge des Betriebsrats und der Belegschaft zur Auslastung der Fertigung gibt.

Fortsetzung auf Seite 2

Liebe Leserinnen und Leser,

nach dem Scheitern der neoliberalen „Jamaica"-Sondierungen steht nun offenbar eine weitere Neuauflage der GroKo auf dem Berliner Spielplan. Sollte sie zustande kommen, wird sie die prokapitalistische Agenda-Politik der letzten Jahre fortführen und die Krise des traditionellen Parteiensystems beschleunigen.

Die nicht nur ökonomisch wirksame „Diktatur der Zahlen" der großen Konzerne ist zunehmend auch im Rhein-Neckar-Raum zu spüren. Wir befassen uns mit ihren Folgen und formulieren Vorschläge für strategisch angelegten Widerstand.

In dem nun zu Ende gehenden Jahr wollen wir die epochale russische Revolution noch einmal kritisch würdigen. Wir fügen deshalb dieser *Avanti²* eine Sonderbeilage hinzu.

Wir freuen uns, wenn diese und die anderen Themen Euer Interesse finden, und wünschen Euch einen guten Rutsch in das neue Jahr!

Eure Redaktion

Inhalt

TITEL
01 „DIKTATUR DER ZAHLEN" Jetzt bekämpfen!
BETRIEB UND GEWERKSCHAFT
03 FREUDENBERG Abbau über „Bedarf"?
04 BR-WAHLEN I Rahmenbedingungen
SONDERBEILAGE „Oktober 1917 – Putsch oder revolutionärer Aufbruch?"
05 BR-Wahlen II Notwendige Überlegungen
GESCHICHTE
06 1917 Was bleibt?
AUS DER IV. INTERNATIONALE / ISO
07 Pakistan Solidarität erforderlich!
07 ISO-HERBSTAUSFLUG Was sind Binnendünen?
RÜCKBLENDE / TERMINE
08 „O HEILAND, REISS DIE HIMMEL AUF..." Reformation und Bauernkrieg
08 TERMINE

Theoriebeilage zur *Avanti²* – Februar 2022 | Inszenierung der Albträume | 1

Inszenierung der Albträume
Zu den Protesten gegen Maßnahmen zur Seuchen-Bekämpfung

Helmut Dahmer

„Die Tradition aller toten Geschlechter lastet wie ein Alp auf dem Gehirne der Lebenden." (Marx)

Im Frühjahr 1945, als ihnen dämmerte, dass es mit dem verheißenen „Endsieg" nichts würde, suchten viele der „hauptbelasteten" Nazis ihr Heil in der Flucht – etwa über die „Ratten-Linie" nach Lateinamerika –, andere tauchten unter und legten sich flugs eine „neue", falsche Identität zu. Die Mehrheit unserer Landsleute aber flüchtete sich ins „Vergessen".

Diese mehr oder weniger geglückte, angestrengte „kollektive Amnesie" hielt ein paar Jahrzehnte lang vor, so dass Optimisten sogar den Eindruck gewinnen konnten, der „Antisemitismus ohne Juden" sei an ein Ende gekommen. Im Gefolge der libertären Minderheiten-Revolte der 68er begann dann ein langwieriger „Aufarbeitungs"-Prozess der verschütteten Geschichte der fatalen 12 Jahre, der, wie die Wiederkehr faschistischer Terroristen und Parteien zeigt, der intergenerationell tradierten „autoritären" Mentalität etwa eines Drittels der Bevölkerung keinen Abbruch getan hat.

Die seit 1945 eingeübte Fähigkeit, die NS-Vergangenheit zu „vergessen", trifft auch deren Wiedergänger. Anders ist weder das „Erstaunen", das die Bevölkerung und die Repräsentanten der drei Gewalten bei jedem neuen Terrorakt, jedem Waffenfund und jedem „neo"-faschistischen „Chat" überkommt, zu erklären, noch die Unfähigkeit und der Unwille, die NSU-Bande zu verhaften und ihr Unterstützer-Umfeld aufzurollen.

Francisco de Goya, Das Begräbnis der Sardine, Öl auf Holz, 1816.

Die Brandstifter und Mörder der 1990er Jahre, die auf die Wiedervereinigung der beiden deutschen Teilstaaten, die sie überforderte, reagierten, indem sie etwa 100 Flüchtlinge und „Ausländer" umbrachten, und die Attentäter von Halle und Hanau bilden Glieder einer Kette. Und einzig die fortwirkende kollektive Amnesie hindert unsere Landsleute, den Zusammenhang dieser Kettenglieder wahrzunehmen. Sie sehen nicht, dass die Täter Wiederholungs-Täter sind, die ihnen die verpönte Vergangenheit, die sie noch immer nicht erinnern wollen, vorspielen: Pogrome und Mordaktionen, wie sie im „Dritten Reich" alltäglich waren. Was nicht erinnert werden soll (und dann bald auch nicht mehr erinnert werden kann), drängt zur Darstellung (zum „acting out"). Doch diese öffentlichen Darbietungen werden so wenig verstanden wie der Sinn von Träumen und Symptomen. Darum gerät auch die Abwehr von Antisemitismus, Xenophobie und Neofaschismus so hilflos wie vor 30 Jahren.

Avanti² 100
Sehr rätselhaft?

N. M.

Für die hundertste Ausgabe der *Avanti²* haben wir uns ein Rätsel ausgedacht.

In unserer Tabelle haben wir sechs Wörter versteckt. Mit ihnen kann der unter dem Rätsel stehende Satz vervollständigt werden. Für die ersten drei Einsendungen der richtigen Lösung gibt es als Dankeschön ein Buch. Ihr könnt es Euch aus dem Programm des Neuen ISP Verlags aussuchen (www.neuerispverlag.de/). Einsendeschluss ist der 24. Dezember 2022. Antworten bitte per Mail oder per Post an unsere Adressen auf S. 12 unten.

Viel Spaß und viel Glück! ■

A	G	D	F	V	R	T	Z	U	I	O	A	D	S	G	N	M	B	V	C	X	S	D	R
Q	W	E	R	T	Z	R	E	A	S	D	F	G	H	J	K	L	Ö	Q	W	E	R	Z	U
Y	X	C	V	B	N	M	M	N	B	V	C	X	Y	Ä	L	K	J	H	G	F	D	S	A
Ü	P	O	I	U	Z	T	R	E	W	Q	L	K	J	H	G	F	D	S	A	A	W	E	R
E	R	T	F	I	G	G	T	H	S	E	C	V	G	R	S	H	Z	U	I	D	F	G	K
X	S	E	R	N	F	G	D	E	R	S	H	Z	U	I	F	Z	H	B	J	Z	F	R	U
R	T	H	D	T	E	R	F	S	O	Z	I	A	L	I	S	T	I	S	C	H	E	P	W
A	D	H	T	E	F	E	D	C	V	B	N	M	E	S	R	R	T	G	D	S	E	T	U
S	D	F	G	R	H	Z	T	R	E	O	W	S	D	G	V	F	D	X	S	J	D	I	O
F	R	E	S	N	D	H	J	K	L	R	G	E	D	W	S	F	R	H	U	T	I	K	L
E	F	R	E	A	A	S	F	G	H	G	J	K	I	G	T	B	V	C	X	D	S	K	Ö
R	U	R	G	T	R	G	H	C	X	A	M	F	E	S	F	D	F	V	W	E	K	T	J
F	G	H	J	I	R	W	R	E	D	N	R	G	F	D	A	R	A	F	S	H	R	G	R
D	H	G	Z	O	G	Ä	I	D	F	I	Ö	S	V	R	E	A	U	L	D	L	I	J	T
E	R	S	T	N	J	L	O	Z	S	S	U	Ä	E	A	J	S	I	J	C	O	M	D	D
Z	E	L	C	A	I	K	P	J	J	A	W	E	S	K	W	S	O	H	F	I	I	R	S
U	W	J	M	L	S	O	H	A	L	T	F	A	K	T	X	I	J	Q	R	S	N	E	D
I	Q	O	S	E	P	U	S	O	Ö	I	G	H	E	E	J	S	G	W	G	D	I	S	F
O	K	M	X	X	K	R	E	M	T	O	V	K	D	R	Y	M	F	D	H	F	E	K	G
S	F	H	S	C	X	S	N	K	I	N	Z	E	B	N	M	U	E	F	N	G	R	Z	H
J	K	A	P	I	T	A	L	I	S	M	U	S	E	R	S	S	Z	H	T	H	U	L	G
W	D	F	G	H	J	K	D	W	E	R	T	Z	U	I	O	X	H	M	M	I	N	P	T
M	N	B	V	C	X	Y	L	K	J	H	G	F	D	S	A	P	O	I	U	Z	G	T	R
Q	W	E	R	T	Z	U	I	O	P	A	S	D	F	G	H	J	K	L	Y	X	C	V	B

Lösungssatz

Die …….…… …….…….. ……..…….. macht sich gegen ……. und …… stark und will den …….. überwinden.

Tatort Waldpark? Kahlschlag verhindern!

S. T.

Am 20. November 2022 führte uns der alljährliche Herbstausflug der ISO Rhein-Neckar in den Mannheimer Waldpark. Dort drohen geplante Maßnahmen des „Hochwasserschutzes", einen Kahlschlag zu verursachen.

Den 3,5 Kilometer langen Rheindamm wollen die Planer von Neckarau bis zum Lindenhof vollständig abtragen lassen. Dafür müssten über tausend, zum Teil jahrzehntealte Bäume gefällt werden.

Danach soll ein neuer Erdwall errichtet werden. Zudem ist vorgesehen, einen „Deichverteidigungsweg" und neue Zufahrtsstraßen anzulegen.

Nicht nur den direkt betroffenen Anwohnerinnen und Anwohnern drohen jahrelang sechs Großbaustellen. Unter anderem wären je Baustelle rund 30.000 Lkw-Fahrten zum Transport von Erdmassen und Materialien die Folge.

Doch es gibt alternative Methoden, wie das Fachgutachten von Wasserbau-Ingenieur Haselsteiner belegt. Sie können Hochwasserschutz und Baumschutz in Einklang bringen, und dafür setzen sich Bürgerinitiativen ein.

Im Vergleich zur geplanten Erdwall-Abtragung und nachfolgenden Neu-Aufschüttung ist die Spundwand-Lösung viel schneller umsetzbar und naturverträglicher.

Vor allem könnte dadurch der wertvolle Baumbestand größtenteils erhalten werden. Zudem ist der Einbau von Spundwänden in den vorhandenen Damm die langlebigste Sanierungsmethode.

Bisher finden diese fundierten Argumente jedoch beim zuständigen Regierungspräsidium in Karlsruhe kein Gehör.

Jetzt muss zunächst durch viele Einwendungen – auch von außerhalb Mannheims – Druck gemacht werden. Der Einreich-Termin 21. Dezember 2022 ist zwingend zu beachten. Weitere Informationen unter www.waldpark-mannheim.de. ■

Bäume am Rheindamm im Waldpark.

ISO/IV. Internationale

Wer wir sind und was wir wollen

Die Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt – Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen. ■

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- DI, 06.12.2022, 18:00 Uhr, Kundgebung gegen Teuerung mit Live-Musik, Marktplatz, MA
- DI, 06.12.2022, 19:30 Uhr, Infoabend zu Frankreich, Gewerkschaftshaus MA
- So, 11.12.2022, 11:00 Uhr, Virtuelle politische Bildungsreihe der ISO
- DO, 15.12.2022, 15:00 Uhr, Hybrides Treffen des Überbetrieblichen Solikomitees*
- DO, 15.12.2022, 18:00 Uhr, Hybrides Treffen des Bündnisses gegen Teuerung*
- SO, 18.12.2022, 17:00 Uhr, Jahresendfeier der ISO Rhein-Neckar*
- DO, 22.12.2022, 19:00 Uhr, Viko #ZeroCovid Rhein-Neckar

* [Jeweils mit strikter Beachtung der erforderlichen Gesundheitsschutzregeln.]

Impressum:
ISO Rhein-Neckar
Postfach 10 26 10, D-68026 Mannheim
Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54
Email: info@iso-4-rhein-neckar.de
Web: www.iso-4-rhein-neckar.de Facebook: www.facebook.com/iso.4.rn